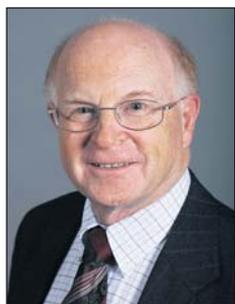


# SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Der Bundesrat gefährdet die Unabhängigkeit und Neutralität unserer Schweiz. Eine Kritik des sicherheitspolitischen Berichts. Von Nationalrat Ulrich Schlüer

Seite 13



Die Ausschaffungsinitiative ist die einzige Lösung, um konsequent kriminelle Ausländer ausschaffen zu können. Der Gegenvorschlag ist untauglich. Von Nationalrätin Natalie Rickli

Seite 10



Die SVP geht als klare Siegerin aus den Berner Wahlen hervor. Das Wahlziel wurde klar übertroffen. Von Alike Panayides, Geschäftsführerin SVP Kanton Bern

Seite 15

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe April 2010

## SVP will zweiten Sitz im Bundesrat

Nationalrat  
Toni Brunner

S. 3

## Die Schengenlüge des Bundesrates

Nationalrat  
Yvan Perrin

S. 4

## Starke Persönlichkeiten statt Papiertiger

Nationalrat  
Rudolf Joder

S. 6

## Regierungsreform: alter Kaffee neu aufgewärmt

Kantonsrat  
Urs Martin

S. 7

## Jetzt auf die Strasse

S. 8

## Schengen, das trojanische Pferd

**Die SVP hat als einzige Partei im Abstimmungskampf 2005 vor den Folgen eines Schengenbeitritts gewarnt: steigende Kriminalität, eine Zunahme der illegalen Einwanderung, mehr Schwarzarbeit, grosse Mehrkosten, Unterwerfung unter die EU-Visumpolitik, Übernahme von künftigem EU-Recht und damit ein weiterer Schritt Richtung EU.**

Eine klare Bilanz zum Beitritt zu Schengen liegt noch nicht vor. Was der Bundesrat jedoch verschweigt: bis heute musste die Schweiz seit der Integration in den Schengenraum vor 1½ Jahren bereits über 100 Weiterentwicklungen des Schengenrechts übernehmen, ohne dass sie über deren Einführung mitbestimmen konnte. Mehr Sicherheit und beträchtliche Einsparungen hat der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein zu Schengen 2005 versprochen. Zudem sollen Souveränität und direkte Demokratie gewahrt bleiben. Die tatsächlichen Folgen sehen anders aus. Der Souveränitätsverlust durch die laufende Übernahme von fremdem Recht ist beträchtlich. Frühere Volksentscheide wurden damit ebenso zur Makulatur wie die eigenständige Steuerung der Migrationspolitik, z.B. bezogen auf die Balkanländer. Um wie viel sicherer Schengen die Schweiz gemacht hat, zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik des vergangenen Jahres. Nicht weniger als 14 % der Straffälligen sind heute Kriminaltouristen. Die Grenzregionen leiden immer stärker unter den weggefallenen Grenzkontrollen. Bereits 2008 musste der Bundesrat zugeben, dass die im Bundesbüchlein von 2005 veranschlagten jährlichen Kosten von 7,4 Millionen Franken für Schengen effektiv bei rund 50 Millionen Franken pro Jahr liegen. In Tat und Wahrheit dürften mit den laufenden Anpassungen die Vollkosten noch deutlich höher liegen. Nur darüber spricht der Bundesrat nicht. Lieber verschweigt er konsequent die Folgen von Schengenanpassungen. Die SVP zieht an der Delegiertenversammlung vom 1. Mai in Näfels (Glarus) eine erste Bilanz. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass der Vergleich der SVP – den Schengenbeitritt als trojanisches Pferd darzustellen – treffend ist.



Reklame

Für Ihre  
Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG  
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG  
Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93  
www.ztonline.ch

..... Expl.	SVP-Fussball	Fr. 25.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutsch	Fr. 3.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50
..... Expl.	<b>Neujahrsveranstaltung in Aarberg, DVD</b>	<b>Fr. 18.–</b>

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

**Bitte Talon einsenden an:**  
**Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern**  
**per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch**

**Online-Bestellung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**



**Ballone, Pin's, Kugelschreiber...**

## ideal für Ihre Standaktionen

# Impressum

## SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

**Herausgeberin:**  
Stiftung SVP-Parteizeitung

**Erscheinungsweise:**  
12 x / Jahr

**Inserate:**  
Kevin Grangier

**Adresse:**  
Generalsekretariat SVP  
Postfach 8252  
3001 Bern  
Telefon 031 300 58 58  
Fax 031 300 58 59  
E-Mail: [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

**Jahresabonnement:**  
Für Nicht-Parteimitglieder  
Fr. 35.– (Parteimitglieder  
erhalten SVP-Klartext gratis)

**Bankverbindung:**  
Stiftung SVP-Parteizeitung  
UBS Bern-Länggasse  
PC 30-35-9

**Druck:**  
Zofinger Tagblatt AG  
ZT Print  
Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen  
Telefon 062 745 93 93  
Fax 062 745 93 49  
[www.ztonline.ch](http://www.ztonline.ch)

**Adressänderungen:**  
per E-Mail an  
[klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

**Bild Seite 13:**  
© Zentrum elektronische  
Medien (ZEM)

## Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch).

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnet-Kappel SG

# SVP will zweiten Sitz im Bundesrat



In den letzten zwei Jahren gab es in 13 Kantonen Wahlen in die jeweiligen Regierungen und Parlamente. Die SVP hat zehnmal – zum Teil mit überwältigenden Ergebnissen – gewonnen. Die SP hat 13 Mal verloren, die FDP hat 12 Mal verloren und die CVP hat 10 Mal verloren.

Ende März hat nun auch der Kanton Bern gewählt. Für die SVP waren diese kantonalen Wahlen ein grossartiger Erfolg. Obwohl in der Berichterstattung der Sieg der SVP kaum Erwähnung fand, sind die Fakten nicht wegzudiskutieren. Im Grossen Rat konnte die Sitzzahl um 14 auf 44 Sitze erhöht werden. Keine andere Partei konnte im gleichen Umfang zulegen. Damit hat die SVP die erfolgten Abgänge zu einer anderen politischen Gruppierung fast kompensiert. Mit einem Wähleranteil von 26,6% ist die SVP mit Abstand stärkste Partei im Kanton Bern geblieben. Die Konkurrenten auf nationaler Ebene haben alle empfindliche Verluste erlitten. So verlor die SP 7 Sitze, die FDP 9 Sitze, die Grünen 3 Sitze und die CVP verlor einen Drittel ihrer Wähler und sackte von sagenhaften 1,8 Wählerprozenten auf 1,16% ab.

Alle diese Erfolge der SVP sind das Ergebnis einer konsequenten Politik für mehr Freiheit, für mehr Sicherheit, für tiefere Steuern und für bessere Schulen. Diese Ergebnisse unterstreichen auf Bundesebene den klar ausgewiesenen Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz im Bundesrat. Der gemäss Konkordanz am besten ausgewiesene Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz in der Landesregierung ist denn auch der zweite Sitz der SVP. Die SVP wird diesen Anspruch daher bei der nächsten Vakanz – gleichgültig, ob diese durch den Rücktritt eines FDP- oder eines SP-Bundesrates entsteht – auf jeden Fall geltend machen. Die SVP steht seit je zur Konkordanz. Mit 28,9% Wähleranteil ist die SVP die mit Abstand wählerstärkste Partei in der Schweiz. Die SP folgt mit einem Wähleranteil von 19,5% (zusammen mit den Grünen erreicht sie 29,3%), die FDP mit 17,7%, die CVP mit 14,5%.

Die SVP hat damit Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Sie ist heute mit nur einem Sitz klar untervertreten und kann ihrer Verantwortung in der Regierung nur bedingt gerecht werden. Bei der letzten Vakanz hat die

SVP der FDP den Vortritt gelassen. Sie wird daher ihren eigenen Anspruch bei der nächsten Vakanz im Bundesrat einfordern. Mit wem die Partei antreten wird, haben die zuständigen Gremien von Partei und Fraktion bei einer tatsächlich erfolgten Vakanz zu entscheiden.

Der Kurs auf die nationalen Wahlen 2011 stimmt. Den legitimen Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung werden auch die anderen Parteien nicht negieren können. Schauen wir also vorwärts!

Werbung



**Ihr Spezialistenteam für Planung und Realisation von privaten und öffentlichen Wellness-Anlagen.**

**GARANTIERT ANDERS**



Administration  
Wellness Partner GmbH  
Bösch 108 / Postfach  
CH - 6331 Hünenberg / ZG

Ausstellung / Planungsbüro  
Wellness Partner GmbH  
Ringstrasse 25  
CH - 6010 Kriens

**Seit  
12 Jahre**

**WELLNESS  
PARTNER**

Tel. +41 (41) 790 72 70

Fax + 41 (41) 790 72 76

• [www.wellnesspartner.ch](http://www.wellnesspartner.ch)

• [info@wellnesspartner.ch](mailto:info@wellnesspartner.ch)

Nationalrat Yvan Perrin, Vizepräsident SVP Schweiz, La Côte-aux-Fées NE

# Die Schengenlüge des Bundesrates

**Raubüberfall mit Kalaschnikow auf das Spielcasino von Meyrin – Überfall mit Geiselnahme in Chêne-Bourg – Raubzug auf das Casino in Basel, Franzosen im Verdacht – Rauferei mit tödlichem Ausgang in Wiler Massagesalon. Diese Titel zierten in den letzten Tagen die Zeitungen. Offensichtlich häufen sich seit einiger Zeit Gewalttaten, was uns nicht mehr zu erstaunen braucht, gehören wir jetzt doch zum grossen europäischen Freiheits- und Sicherheitsraum, besser bekannt unter dem Namen Schengenraum. Seit unserem Beitritt zu diesem Supermarkt der Kriminalität hören die Behörden nicht auf mit dem Verfassen triumphierender Mitteilungen, welche die Erfolge, das heisst die Festnahmen von Kriminellen, aufzählen, die dank dem Schengener Informationssystem SIS möglich wurden. Der Anstieg der Ausländerkriminalität und der sogenannten Kriminaltouristen wird nicht mit Schengen in Verbindung gebracht.**

## Schengen macht's möglich

Die Publizität, die gewissen Erfolgen dank SIS zuteil wird, soll natürlich der SVP widersprechen, die das Referendum gegen Schengen ergriffen hatte. Heute funktioniert diese Verschleierungstaktik nicht mehr. Die Realität zeigt sich auf grausame Art, schlimmer, als wir befürchtet hatten. Die Schweiz ist auf unserem Kontinent und in der übrigen Welt zum Mode-Tummelplatz für Kriminelle jeder Art geworden. Keine Grenzen mehr, milde Strafen für jene, die sich erwischen lassen; es ist genügend da, um sich die Taschen zu füllen; nicht einmal Al Capone hätte sich das träumen lassen, aber Schengen macht's möglich.

## Kriminalstatistik gibt der SVP recht

Sicher – wenn die SVP die Einreisewelle von Personen hervorhebt, die kommen, um sich mit der Waffe in der Hand auf Einkaufstour zu begeben, dann ist das nichts anderes als niederträchtiges, auf Wählerfang ausgerichtetes, populistisch gefärbtes Gerede – das ist bestens bekannt. Diese alte Leier wird jetzt stark erschüttert durch den Jahresbericht 2009 der polizeilichen Kriminalstatistik. Was in diesem vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Dokument steht, ist so interessant, dass sich ein näheres Hinschauen unbedingt lohnt. In der Tat bestätigen die auf 66 Seiten wiedergegebenen Grafiken, Zahlen und Erläuterungen auf der ganzen Linie,

was wir seit vielen Jahren darlegen.

## Schengen ist ein Misserfolg

Als Erstes wird bestätigt, und das ist keine Überraschung, dass Schengen ein Misserfolg ist. Natürlich wird dies nicht so klar gesagt, doch die Zahlen sind da. Vergleicht man die Anzahl Delikte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, erweist sich Genf als der unsicherste Kanton der Schweiz mit einer Frequenz von 110,2 (Anzahl Straftaten auf 1000 Einwohner) ganz knapp gefolgt von Basel-Stadt mit 109,6. Es ist wohl kein Zufall, wir haben es mit zwei Grenzkantonen zu tun, welche die Auswirkungen von Schengen direkt spüren. Würde das Konzept wirklich funktionieren, dann sollte dort absolute Sicherheit herrschen. Doch leider ist das Gegenteil der Fall. Die beiden Kantone zählen heute zu den berüchtigtsten Orten in unserem Land. Zum Vergleich: Am anderen Ende der Skala steht Appenzell Innerrhoden mit einer Quote von 26,9.

## Auch Polizei vermehrt Opfer

Für die Polizeikräfte, die täglich vor Ort arbeiten, ist das nichts Neues, sie haben schon lange eine Verschlechterung der Situation festgestellt. Dafür sind sie bestens platziert, müssen sie doch oft die Zeche bezahlen. Glaubt man den Statistiken von Fedpol, wurden im Jahr 2000 774 Gewalttaten oder Drohungen gegenüber Behörden oder Polizeibeamten beklagt; 2008 waren es 2024, das



heisst fast dreimal mehr. In 9 von 10 Fällen war das Opfer ein Polizeibeamter. Das Phänomen nahm derartige Ausmasse an, dass sich die Chefin der Genfer Polizei, Monica Bonfanti, sogar die Freiheit herausnehmen konnte, am vergangenen 24. März auf einem lokalen Radiosender zu bestätigen, dass Schengen die Sache nicht besser mache und bei der Repression ein Werkzeug weniger zur Verfügung stehe.

## «Verlorene Quartiere» auch in der Schweiz

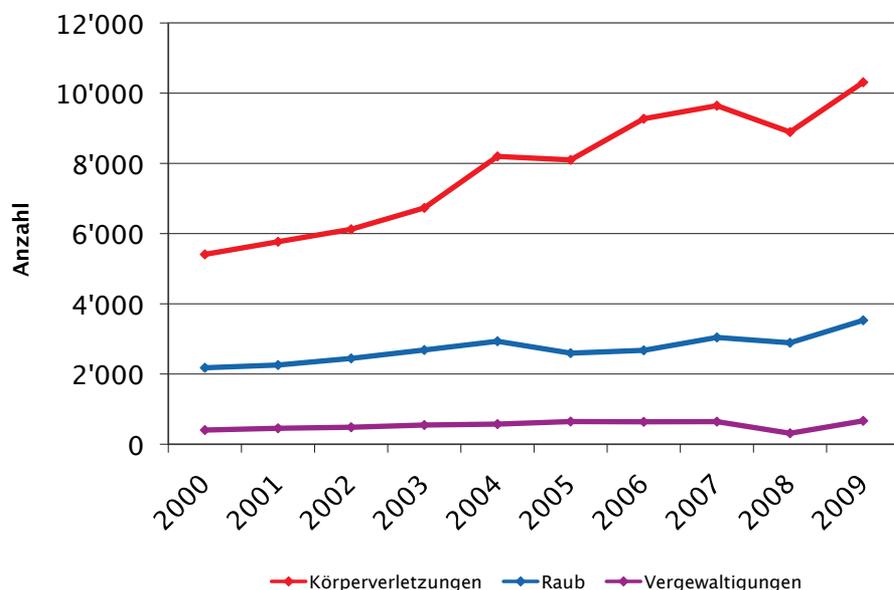
Die neue Staatsrätin Isabel Rochat, die für die Genfer Polizei zuständig ist, spricht ihrerseits bezüglich Sicherheit von «verlorenen Quartieren». Es dürfte niemanden überraschen, dass ihr Vorgänger Laurent

Moutinot Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. Zufall oder nicht, erneut steht ein Mann der Linken, diesmal ein Kommunist, der Lausanner Stadtpolizei vor; Lausanne figuriert mit 176,2 Straftaten auf 1000 Einwohner auf Platz 2 der Rangliste der unsicheren Städte, hinter der Stadt Genf, mit 190,7 Schweizer Siegerin aller Kategorien.

## Hohe Ausländerkriminalität

Beim Kapitel Ausländerkriminalität, einem Tabu-Thema, entdeckt man ebenfalls einige Elemente, die darauf hindeuten, dass die SVP nicht im Irrtum war, als sie den Zerfall der Sicherheit auf die Einwanderung zurückführte. Innerhalb der ständigen Wohnbevölkerung, das heisst Schweizer Bürger oder Personen

Entwicklung von ausgewählten Straftaten 2000–2009



mit Niederlassungsbewilligung oder Jahresaufenthalter, werden unter den Straftätern 64 % Schweizer gegen 36 % Ausländer registriert. Dazu im Bericht der Kommentar: «Der Ausländeranteil an der niedergelassenen Wohnbevölkerung betrug 2008 rund 22%. Der Anteil der Ausländer an den Straftätern ist somit deutlich höher als ihr Anteil an der Bevölkerung (Differenz von 14 Punkten).»

### Steigende Zahl Kriminaltouristen

Solche Aussagen erzeugen in unseren Reihen kaum Verblüffung, uns sind sie längstens bekannt; in einem Dokument des Bundesamtes für Statistik auf sie zu stossen, bedeutet dennoch eine Bestätigung. Ja, die Ausländer sind bezüglich Delinquenz in unserem Land übervertreten. Ausserdem beziehen sich die Zahlen nur auf die niedergelassene Bevölkerung. Berücksichtigt man sämtliche Delikte, ergibt der Bericht: Schweizer 52 %, niedergelassene Ausländer 29 %, Asylsuchende 4 %, andere Ausländer 14 %. Was den Asylbereich angeht, präzisiert der Bericht: «Die aus dem Asylbereich stammenden Personen sind unter den Straftätern (4,4 %) ebenfalls übervertreten. Personen, die dieser Gruppe angehören, werden gegen 9300 Delikte zur Last gelegt, zum grossen Teil Vermögensdelikte: Laddendiebstahl (2243), Diebstahl im Allgemeinen (611), Einbruchdiebstahl (537).

### Schengenbilanz des Bundesrates: Schönfärberei wird fortgesetzt

Unter dem Eindruck dieser Zahlen kann man sich heute schon freuen auf die bundesrätliche Bilanz über unseren Beitritt zum Schengenraum. Selbst wenn es an der Realität nichts zu rütteln gibt, riskiert man nicht viel mit der Wette, dass sich unsere Regierung sehr zufrieden zeigen wird. Sie wird der Bevölkerung aufzeigen, dass sie Übeltäter ausgeliefert hat.

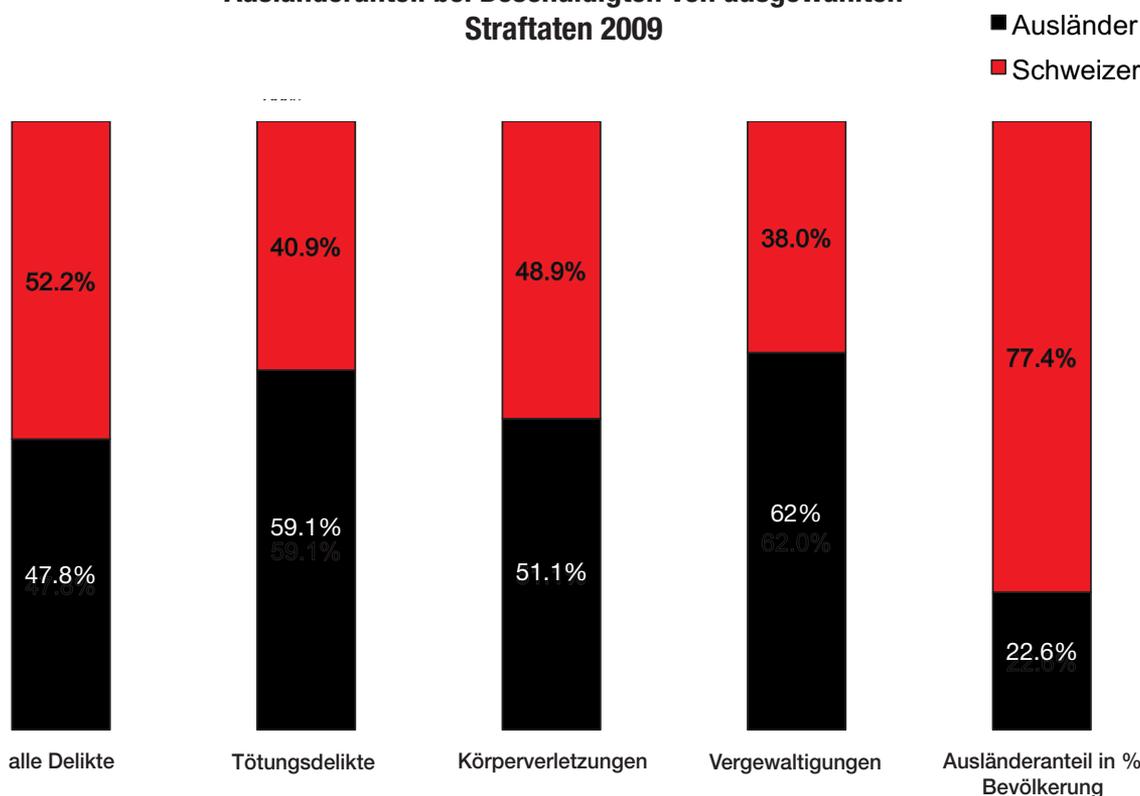
Zu einem gegenläufigen Schluss zu kommen bedeutete für unsere «sieben Weisen», einzugestehen, dass sie sich geirrt haben, was absolut undenkbar ist. Erinnern wir uns an die Worte, die Eveline Widmer-Schlumpf am 28. Oktober 2008 beim 25. Treffen der Berner Gemeindepäsidenten sagte: «Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Umsetzung von Schengen die innere Sicherheit nicht schwächen, sondern im Gegenteil ganz allgemein stärken wird.» Das sind klare Worte.

### Sicherheit die erste Pflicht eines Staates

Der Bundesrat wird nicht nur nichts unternehmen, um die Situation zu verbessern, er wird ganz im Gegenteil im Irrtum verharren. In dieser Situation gibt es kaum eine andere Abhilfe als die SVP. An uns wird es sein, die Sicherheit in unseren Strassen wiederherzustellen. Dies beginnt natürlich über unsere Initiative für die Ausschaffung der kriminellen Ausländer. Sollten noch Zweifel bestehen bezüglich ihrer Richtigkeit, genügen die vom Bundesamt für Statistik hervorgehobenen Elemente, um die letzten Unentschlossenen zu überzeugen. Das Weitere erfolgt dann über die strikte Anwendung des Asylgesetzes, das von der Schweizer Bevölkerung massiv unterstützt wird, leider aber mit Zurückhaltung – sprich Laxheit – umgesetzt wird.

**Abschliessend: Ein Sieg der SVP bei den eidgenössischen Wahlen von 2011 ist unabdingbar, um die Verirrungen der Bundespolitik zu korrigieren und sich mit der französischen Justizministerin Michèle Alliot-Marie zu erinnern, dass die Sicherheit die erste Pflicht eines Staates darstellt.**

Ausländeranteil bei Beschuldigten von ausgewählten Straftaten 2009



Nationalrat Rudolf Joder, Kantonalpräsident SVP Bern, Belp BE

# Starke Persönlichkeiten statt Papiertiger

Ende März hat sich der Bundesrat für einen neuen Anlauf betreffend Regierungsreform ausgesprochen. Mit einer Zusatzbotschaft will er dem Parlament die Verlängerung der Amtsdauer des Bundespräsidenten von einem auf zwei Jahre ohne Wiederwahl vorschlagen. Nach Auffassung der Landesregierung wird dadurch ermöglicht, dass der Bundespräsident die Leitungsfunktion, seine Führungsaufgabe und repräsentative Verpflichtungen besser wahrnehmen kann. Zudem will der Bundesrat noch vertieft prüfen, ob er selber oder das Parlament den Bundespräsidenten wählen soll.

Die Verlängerung der Präsidialzeit bedingt eine Änderung der Verfassung und muss obligatorisch der Volksabstimmung vorgelegt werden. Ergänzend dazu beabsichtigt die Landesregierung, das bestehende System der Staatssekretäre auszubauen. Mit einer Teilrevision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes soll festgelegt werden, in welchen Bereichen zusätzliche Staatssekretäre zu schaffen sind.

Werbung

**Dataform AG** Formulardruckerei

**Wir drucken für Sie:**

**ESR-Formulare**

**Formulare mit Karten**

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil  
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch



desrat vorschlägt. Erforderlich sind vielmehr starke Persönlichkeiten mit einem Verständnis für die Kernaufgaben der Regierungstätigkeit. Dies bedeutet: weit vorausschauen, breite Lageanalyse ohne Scheuklappen, offene Diskussion und Meinungsbildung, die Fähigkeit, Wichtiges von Unwesentlichem zu trennen, Loyalität gegenüber den getroffenen Entscheidungen, gegenseitiges Vertrauen, Fairness und Respekt. Was für jede erfolgreiche Sportmannschaft Standard ist, hat auch für den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft Gültigkeit.

## Verbesserung der Rahmenbedingungen

Dass die Verbesserung der Arbeitsbedingung für unsere eidgenössische Exekutive Pflichtprogramm ist, versteht sich von selbst. Die Entlastung der Regierungstätigkeit hat primär innerhalb der Departemente zu erfolgen. Zudem ist die Bundeskanzlei bei der Unterstützung und Geschäftsvorbereitung für den Bundesrat besser einzusetzen. Diese hat sich vor allem auf die ihr in der Bundesverfassung zugedachte Aufgabe einer Stabsstelle im Dienst des Bundesrates zu konzentrieren.

Dies alles ist ohne grosse Anpassung der Rechtsgrundlagen möglich, und ein Ausbau des Verwaltungsapparates ist nicht nötig. Entscheidend ist, dass der Bundesrat als Team seine Regierungstätigkeit selber verbessern will.

Mit diesem Wollen kann er schon heute beginnen!

## Vorschläge gehen in die falsche Richtung

Es ist zwar zu begrüßen, dass der Bundesrat selber erkannt hat, dass ein Manko besteht bei der Bewältigung ausserordentlicher Situationen und seine politische Führung Defizite aufweist. Diese Selbsterkenntnis deckt sich mit der tatsächlichen Situation und Wirklichkeit. Andererseits sind die gemachten Verbesserungsvorschläge geprägt von einem falschen Selbstverständnis, gehen in die falsche Richtung und sind nicht zielführend.

## Die grossen Probleme kommen zu kurz

Die heutige Exekutive regiert zu stark departemental. Dabei kommen die grossen Themen und Pro-

bleme der Schweiz zu kurz. Der Bundesrat schaut zu wenig in die Zukunft, tritt selten geschlossen und als Einheit auf und profiliert sich auf dem aussenpolitischen Parkett mit erfolglosem Einzelkämpfertum. Die Libyen-Krise und die Verteidigung des schweizerischen Finanzplatzes sind aktuelle und negative Musterbeispiele. Hinzu kommt, dass die Meinungsbildung nicht im vertraulichen Regierungszimmer stattfindet, sondern immer mehr per Indiskretion in der Öffentlichkeit. Dies alles ist einer erfolgreichen Regierungstätigkeit abträglich.

## Gefragt sind starke Persönlichkeiten

Zur Korrektur benötigt es keine Verfassungsänderung, wie sie der Bun-

## Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 30.-, Kissen Fr. 12.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK

**Rafzerfeld**

Bettfedernreinigung  
Potema®  
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG  
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15  
044 869 10 75 seit 45 Jahren

Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

[www.rafzerfeld.com](http://www.rafzerfeld.com)

Urs Martin, Kantonsrat, Oberach TG

# Regierungsreform: alter Kaffee neu aufgewärmt

**Am 25. März verkündete der Bundesrat lauthals, wegweisende Entscheide zur Regierungsreform getroffen zu haben. So soll das Bundespräsidium neu auf zwei Jahre verlängert werden und es sollen mehr Staatssekretäre eingesetzt werden. Diejenigen, die meinen, der Bundesrat hätte damit neue, innovative Ansätze hervorgebracht, müssen enttäuscht werden. Vielmehr zog die Landesregierung bloss längst dagewesene, oftmals diskutierte und ebenso oft verworfene Vorschläge wieder aus der Schublade. Einmal mehr soll das Schweizer System der EU angepasst werden.**

Seit der ersten Totalrevision der Bundesverfassung im Jahr 1874 wurde oftmals über eine Entlastung des Bundesrates diskutiert. In den letzten 136 Jahren wurden dabei vor allem vier Stossrichtungen zur Reform des Kollegiums ins Auge gefasst: Vergrösserung der Anzahl Mitglieder, Stärkung des Bundespräsidiums, Stärkung der Departementsführung sowie Wege für eine mehrstufige Regierung. Die nun gemachten Vorschläge sind nicht neu – sie wirken bei genauer Betrachtung viel eher wie alter, aufgewärmter Kaffee.

## Staatssekretäre: schon 1894 verworfen

Der Bundesrat schlägt gemäss Medienmitteilung vom 25. März neu vor, das System der Staatssekretäre auszubauen. Diese Idee wurde bereits im 19. Jahrhundert diskutiert. 1894 wurde aber von der Einführung von Unterstaatssekretären abgesehen. In der Botschaft zum Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz wurde im Jahr 1975 die Institution des Staatssekretärs intensiv untersucht. So wurde zwischen dem nach deutschem «Vorbild» beamteten, dem parlamentarischen, dem persönlichen und dem Titularstaatssekretär unterschieden. Letztere Bezeichnung setzte sich schliesslich 1978 im Parlament durch. Aufgrund dieser Gesetzesänderung respektive einer nachträglichen Ergänzung gibt es heute beim Bund vier Staatssekretäre (in den Bereichen Aussenpolitik, Aussenwirtschaft, Bildung und neu auch internationale Finanzfragen). Am 9. Juni 1996 scheiterte eine

Vorlage des Bundesrates vor dem Volk, welche unter anderem die Einführung von bis zu zehn Staatssekretären vorsah, mit 60,6 Prozent Nein-Stimmen. Lediglich die Kantone Waadt, Genf und Neuenburg stimmten einem solchen Modell zu. 2001 schlug der Bundesrat eine Zwei-Kreise-Regierung vor. Kernpunkt bildete je ein delegierter Minister pro Departement, welcher den Regierungsmitgliedern entlastend zur Seite stehen sollte. Im Jahr 2004 wiesen aber beide Kammern die Vorlage an den Bundesrat zurück.

## Mehrjähriges Bundespräsidium wiederholt gescheitert

Der Bundesrat schlägt zudem die Verlängerung des Bundespräsidiums von heute einem auf neu zwei Jahre vor. Auch dieser Vorschlag ist nicht neu – sondern uralt. Bereits im Jahr 1909 äusserte sich der Bundesrat zu einem dreijährigen Bundespräsidium wie folgt: *«Der einjährigen Amtsdauer des Bundespräsidenten liege der Gedanke zu Grunde, dass es nicht klug sei, dieselbe Person allzu lange in überragender Stellung zu belassen, weil in einer Republik auch nur der Schein eines persönlichen Regimentes vermieden werden sollte. Diese demokratische Einrichtung habe sich eingelebt, entspreche den Anschauungen des Schweizervolkes und gewähre jedem Mitglied des Bundesrates die Möglichkeit, zur obersten Magistratur der Republik zu gelangen (BBI 1909 IV 303).»* Im Rahmen der Botschaft des Regie-



rungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes von 1975 wurde die Frage der Verlängerung der Amtsdauer bei gleichzeitiger Vergrösserung des Kollegiums auf neun oder elf Mitglieder ebenfalls breit diskutiert, aber wieder verworfen.

## EU-Kompatibilität erhöhen

Warum der Bundesrat nach dem Beginn der 90er-Jahre genau jetzt wieder aktiv wird in Sachen Regierungsreform und längst beerdigte Vorschläge wieder auferstehen lässt, kann dem Zwischenbericht des Bundesrates vom 23. November 1991 betreffend Führungsstrukturen des Bundes (BBI 1992 II 1018) entnommen werden: *«Zentrale Anliegen*

*einer Reform müssen sein: Förderung der Entscheidungsfähigkeit, der Beweglichkeit und Schnelligkeit des Systems sowie klare Kompetenzverteilungen.»* (...) *«Zu prüfen ist, wie weiter der schweizerische Bundespräsident heutiger Ausgestaltung in diesem Gremium mit gleichem Gewicht wie die übrigen Teilnehmer auftreten kann.»* (...) *«Das Regierungsmitglied muss aber die Kompetenz haben, für sein Land verbindlich an der Entscheidungsfindung des EG-Rats mitzuwirken.»* Auch wenn obige Zeilen in der Vor-EWR-Euphorie geschrieben wurden und beinahe zwei Jahrzehnte alt sind, haben sie nichts an Aktualität eingebüsst. Die Regierungsreform soll die EU-Kompatibilität der Schweiz vergrössern.

# Jetzt auf die Strasse

Die SVP hat per Ende Januar 2010 zwei Volksinitiativen lanciert. Die Volkswahl des Bundesrates hat zum Ziel, dass wie in den Kantonen auch die Landesregierung vom Volk gewählt werden kann. Die Familieninitiative verlangt, dass auch die Familien, die ihre Kinder selber betreuen, Steuerabzüge machen dürfen. Jetzt gilt es für alle unsere Sektionen, mit diesen wichtigen Anliegen auf die Strasse zu gehen, das Anliegen bekannt zu machen und Unterschriften zu sammeln.

Sammelaktionen können anlässlich von Jahr-, Gemüse- und oder Viehmärkten stattfinden, vor dem Einkaufszentrum, im Rahmen eines Besuchs bei den Mitgliedern der SVP von Haustüre zu Haustüre oder ganz einfach im persönlichen Umfeld. Nutzen wir den Frühling bis in den Sommer hinein, um die notwendigen 100 000 Unterschriften pro Initiative zu sammeln!

## Die wichtigsten Argumente für die Volkswahl des Bundesrates

Der Graben zwischen der Classe politique in Bern und der Bevölkerung darf nicht immer noch grösser werden. Es ist deshalb höchste Zeit für einen Wechsel hin zur Volkswahl der Mitglieder des Bundesrates, damit diese endlich wieder ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrnehmen. Die Volkswahl des Bundesrates ist ein seit Jahren bestehendes Anliegen der SVP. Eigentlich ist es unverständlich, dass im Land mit der direktesten Demokratie weltweit die Landesregierung nicht vom Volk gewählt wird, obwohl sich die Volkswahl bei den Regierungs-

ratswahlen in all unseren Kantonen bestens bewährt hat.

- Endlich haben die Stimmbürger bei der Bundesratswahl etwas zu sagen.
- Die Gewaltenteilung wird gestärkt.
- Es gelten endlich transparente und faire Regeln für die Bundesratswahlen.
- Der Bundesrat ist dem Volk direkt verpflichtet.
- Die angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten ist garantiert.
- Die Volkswahl führt zu mehr Stabilität und Kontinuität.

Sie können Unterschriftenbogen direkt von der Website [www.volkswahl.ch](http://www.volkswahl.ch) ausdrucken oder wie folgt bestellen: 031 300 58 58 oder [info@volkswahl.ch](mailto:info@volkswahl.ch)

## Die Familieninitiative hat folgende Zielsetzungen:

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Die SVP will Familien mit Kindern steuerlich entlasten. Allerdings dürfen diese Steuererleichterungen nicht nur Familien zugute kommen, die ihre Kinder fremd-



betreuen lassen. Auf diese Weise würden Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, steuerlich benachteiligt. Die SVP setzt sich in allen Bereichen für eine Stärkung der Eigenverantwortung ein und bekämpft jede Tendenz, elterliche Pflichten an den Staat zu delegieren. Es kann deshalb nicht sein, dass Eltern vom Umstand, dass sie ihre Kinder fremdbetreuen lassen, steuerlich profitieren können, während Eltern, welche sich der Aufgabe der Kinderbetreuung selber stellen, von diesem Steuervorteil ausgeschlossen bleiben. Deshalb hat die SVP die Familieninitiative lanciert.

- Wahlfreiheit und Eigenbestimmung von Familien bei der Kindererziehung
- Gegen die Verstaatlichung von Familien und Kindern
- NEIN zur Entmündigung der Eltern

Sie können Unterschriftenbogen direkt von der Website [www.familieninitiative.ch](http://www.familieninitiative.ch) ausdrucken oder wie folgt bestellen: 031 300 58 58 oder [info@familieninitiative.ch](mailto:info@familieninitiative.ch)

## Familieninitiative

Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen



[www.familieninitiative.ch](http://www.familieninitiative.ch)

- Steuerliche Entlastung für alle Familien mit Kindern
- Keine Diskriminierung von Familien, die ihre Kinder selber betreuen



Eine der vielen Standaktionen der Bündner SVP. Auf dem Photo Werner Wyss, Grossratskandidat aus dem Kreis Alvaschein, und Heinz Brand (rechts), Regierungsratskandidat, beim Sammeln



Regierungsratskandidatin Judith Übersax bei der Standaktion am Ostermärt in Lachen, Kanton Schwyz



Standaktion Ostermärkt Lachen, Kanton Schwyz



Standaktion am Ostermärkt in Lachen, Kanton Schwyz



Die fleissige Luzerner SVP an einer der zahlreichen Standaktionen mit Nationalrätin Yvette Estermann



Die SVP Obwalden lässt sich von Wind und Kälte nicht abhalten Unterschriften zu sammeln



Standaktion am 7. März in Meilen, Zürich. Die Behördenkandidaten (v.l.) Otto Camenzind, Beni Schwyter, Béatrice Hunn, Yves Gadiet, Judith Haggemacher, Barbara Singer und Kantonsrat Adrian Bergmann



Die Banner der SVP auch für Ihre Standaktionen

Von Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur ZH

# Untauglicher Gegen- vorschlag zur Ausschaffungsinitiative

**Dass über 230 000 Stimmbürger innert weniger Monate eine Volksinitiative unterzeichnen, kommt selten vor. Die hohe Zahl an Unterschriften zeigt: Im Bereich Ausländerkriminalität besteht enormer Handlungsbedarf. Dieses Problem brennt den Leuten unter den Nägeln. Die Ausschaffungsinitiative der SVP hat darum gute Chancen auf eine Mehrheit bei Volk und Ständen.**

Die polizeiliche Kriminalstatistik 2009 zeigt es deutlich: Noch nie gab es so viele Gewaltverbrechen wie heute. Wurden vor neun Jahren noch 5408 Fälle von Körperverletzung gezählt, sind es jetzt bereits 10311. Die vorsätzlichen Tötungen stiegen in diesem Zeitraum von 162 auf 236, die Vergewaltigungen von 404 auf 666. Noch nie gab es mehr Raubüberfälle (3530), Nötigungen (2286), Unzuchtsdelikte (4124) oder Freiheitsberaubungen und Entführungen (353). Bei den Drohungen (11 686) sowie Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (2350) spricht das Bundesamt für 2009 von einem

«Höchststand seit statistischer Messung».

## Immer mehr kriminelle Ausländer

Doch nicht nur die Fallzahlen steigen ständig an, sondern auch der prozentuale Anteil der Ausländer. Fast die Hälfte der Widerhandlungen gegen das Strafgesetz betrifft Ausländer – und dies bei einem offiziellen Ausländeranteil von 22 Prozent. Bei schweren Delikten gegen Leib und Leben beträgt die Quote ausländischer Straftäter oft über 50 Prozent. Bei Vergewaltigungen liegt der Aus-

länderanteil beispielsweise bei 62 Prozent. Und von den Insassen unserer Gefängnisse hatten 2009 über 70 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Früher hatten die Richter im Rahmen des Strafrechts die Möglichkeit, eine sogenannte Landesverweisung auszusprechen. Heute ist es schwieriger, ausländische Straftäter auszuweisen. Die Ausweisung ist eine verwaltungsrechtliche Massnahme. Bis ein straffälliger Ausländer tatsächlich des Landes verwiesen werden kann, muss oft ein kompliziertes Verfahren mit diversen Rekurs- und Einsprachemöglichkeiten durchlaufen werden.

Sondersession zur «Verschärfung des Strafrechts» durchgesetzt. Zahlreiche SVP-Vorstösse wurden überwiesen. Doch Ständerat und auch Bundesrat verweigern sich einmal mehr. Dabei vergeht kein Tag ohne Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Tötungen. Die Jugendgewalt wird immer brutaler. Kürzlich wurde ein 17-Jähriger im Ausgang in Zürich umgebracht. Der Ausländeranteil unter jugendlichen Gewalttätern ist hoch, aber nicht korrekt messbar, da viele von ihnen eingebürgert sind und in den Statistiken als Schweizer erscheinen. Experten schätzen den Anteil der Ausländer und «Schweizer mit Migrationshintergrund» unter den Jungtätern auf 75 Prozent – eine direkte Folge unserer fehlgeleiteten Einbürgerungspolitik.

Das sind die Resultate einer Politik der «Linken und Netten». Viele Politiker haben den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt. Anders ist es nicht zu erklären, dass sich CVP, FDP und SP lange überlegten, die Ausschaffungsinitiative für ungültig zu erklären. Den meisten Parlamentariern gefällt es nicht, dass die SVP dieses zentrale Thema besetzt und Lösungsvorschläge hat. Darum haben sie Interesse daran, die SVP-Initiative aus «juristischen Gründen» abzulehnen. Ergebnis dieser Diskussionen ist nun ein Gegenvorschlag, welcher der Ausschaffungsinitiative gegenübergestellt werden soll. Den meisten Parlamentariern ging es bei diesem Gegenvorschlag aber nicht um juristische Verbesserungen. Es ging ihnen einzig darum, dass die SVP die Wahlen nicht gewinnen darf. Der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative hat zudem etliche Schwächen.

## 230 000 Unterschriften gegen Ausländerkriminalität

Vor diesem Hintergrund hat die SVP im Sommer 2006 die Arbeiten für die Ausschaffungsinitiative aufgenommen. Die zuständige Arbeitsgruppe diskutierte verschiedenste Vorschläge – von einem Einwanderungsvertrag bis zum heute vorliegenden Initiativtext. Die Initiative wurde schliesslich im August 2007 lanciert. Es sollte eines der erfolgreichsten Initiativprojekte in der Geschichte der Eidgenossenschaft werden: Noch vor den Wahlen im Oktober 2007 kamen die nötigen 100 000 Unterschriften zusammen. Bis zuletzt unterzeichneten über 230 000 Stimmbürger dieses Volksbegehren.

## Konsequente SVP-Politik

Seit vielen Jahren kämpft die SVP für mehr Sicherheit. Im vergangenen Juni hat die SVP im Nationalrat eine



# Sicherheit schaffen

## Schwammiger Gegenvorschlag

Vordergründig fasst der Gegenvorschlag den Deliktskatalog weiter und berücksichtigt z.B. auch Wirtschaftsdelikte. Nur: Dies ist auch mit der Ausschaffungsinitiative möglich. Die SVP-Initiative sieht ausdrücklich vor, dass der Gesetzgeber die Liste um weitere Tatbestände ergänzen kann. Daneben enthält der Gegenvorschlag Bestimmungen, welchen unter keinen Umständen zugestimmt werden kann. So wird zum Beispiel in einem «Integrationsartikel» festgehalten, dass Bund, Kantone und Gemeinden «bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration» zu berücksichtigen hätten. Integration soll also neu zur staatlichen Aufgabe werden. Linken Begehrlichkeiten wie der Schaffung von Ausländertreffs, der Subventionierung staatlicher Integrationsprogramme, aber auch der Vereinfachung von Einbürgerungen werden Tür und Tor geöffnet. Kommt hinzu: Die Integrati-

onsfrage betrifft ein ganz anderes Thema. Mit dem Gegenvorschlag soll der Bevölkerung also wieder eine Fragestellung unterbreitet werden, welche gegen die sogenannte Einheit der Materie verstösst und damit eine differenzierte Stimmabgabe verunmöglicht.

## Gegenvorschlag lässt alles offen

Der Gegenvorschlag ist an verschiedenen Stellen äusserst schwammig formuliert und wirft zahlreiche Fragen auf. Eine Mindestdauer für den Landesverweis (SVP-Initiative: fünf Jahre) ist nicht gegeben. Ein «symbolisches Einreiseverbot» für ein bis zwei Jahre wäre also denkbar. Dies will die Ausschaffungsinitiative verhindern. Sodann ist der Hinweis, dass die Grundprinzipien «des Völkerrechts» und der Bundesverfassung zu beachten seien, irreführend und relativiert die Wirksamkeit des Gegenvorschlags massiv. Es gibt keine Definition dafür, was «das



Völkerrecht» ist – der entsprechende Hinweis ist viel zu allgemein. Solche Formulierungen eröffnen unzählige Möglichkeiten für Rekurse und Beschwerden. Den Gerichten sind kaum mehr Grenzen gesetzt, zugunsten der auszuschaffenden Sträflinge zu urteilen. Genau dies jedoch widerspricht der Zielsetzung der Ausschaffungsinitiative, welche ein verbindliches Instrument zur Ausweisung krimineller Ausländer bieten will.

## Fazit: Es braucht die Ausschaffungsinitiative!

Das Fazit ist klar und einfach: Wer will, dass wir Ordnung herstellen und kriminelle Ausländer ausschaffen können, der muss die Ausschaffungsinitiative der SVP unterstützen. Die Chancen, dass dieses Volksbegehren eine Mehrheit in Volk und Ständen erreichen wird, sind glücklicherweise gross.

## Ausschaffungsinitiative SVP

Art. 121 Abs. 3–6 (neu) BV

- 3** Sie (= die Ausländerinnen und Ausländer) verlieren unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie:
- wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchsdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind; oder
  - missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe bezogen haben.
- 4** Der Gesetzgeber umschreibt die Tatbestände nach Absatz 3 näher. Er kann sie um weitere Tatbestände ergänzen.
- 5** Ausländerinnen und Ausländer, die nach den Absätzen 3 und 4 ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz verlieren, sind von der zuständigen Behörde aus der Schweiz auszuweisen und mit einem Einreiseverbot von 5–15 Jahren zu belegen. Im Wiederholungsfall ist das Einreiseverbot auf 20 Jahre anzusetzen.
- 6** Wer das Einreiseverbot missachtet oder sonstwie illegal in die Schweiz einreist, macht sich strafbar. Der Gesetzgeber erlässt die entsprechenden Bestimmungen.

### II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 121 (Aufenthalt und Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern)

Der Gesetzgeber hat innert fünf Jahren seit Annahme von Artikel 121 Absätze 3–6 durch Volk und Stände die Tatbestände nach Artikel 121 Absatz 3 zu definieren und zu ergänzen und die Strafbestimmungen bezüglich illegaler Einreise nach Artikel 121 Absatz 6 zu erlassen.

## Gegenvorschlag

Art. 121 Abs. 1<sup>bis</sup>, 1<sup>ter</sup> und 3 (neu) BV

- 1<sup>bis</sup>** Ausländerinnen und Ausländer integrieren sich durch die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft. Bund, Kantone und Gemeinden berücksichtigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration.
- 1<sup>ter</sup>** Ausländerinnen und Ausländer verlieren ihr Aufenthaltsrecht und werden ausgewiesen, wenn sie:
- einen Mord, eine vorsätzliche Tötung, eine Vergewaltigung, einen qualifizierten Raub, eine Geiselnahme, einen qualifizierten Menschenhandel, einen schweren Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz oder eine andere mit einer Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bedrohte Tat begangen haben und dafür rechtskräftig verurteilt wurden;
  - für einen Betrug oder eine andere strafbare Handlung in den Bereichen der Sozialhilfe, der Sozialversicherungen sowie der öffentlich-rechtlichen Abgaben oder für einen Betrug im Bereich der Wirtschaft zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 18 Monaten rechtskräftig verurteilt wurden, oder
  - für eine andere Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren oder zu mehreren Freiheitsstrafen oder Geldstrafen von insgesamt mindestens 720 Tagen oder Tagessätzen innerhalb von zehn Jahren rechtskräftig verurteilt wurden.
- 3** Beim Entscheid über den Entzug des Aufenthaltsrechts und die Wegweisung sind die Grundrechte sowie die Grundprinzipien der Bundesverfassung und des Völkerrechts zu beachten.

# Der neue Toyota Avensis. Testen Sie den Fortschrittlichsten unter den Kombis.



Avensis 1,8 Linea Terra, 108 kW (147 PS), 5-türig, ab Fr. 34'400.–\*\*\*  
Abbildung: Avensis 2,0 Linea Sol Premium, 112 kW (152 PS), 5-türig, ab Fr 51'900.–\*\*\*

TEST THE  
BEST

Jetzt Probe fahren und vom 4+ Sorglos-Paket sowie vom attraktiven Vorzugsleasing profitieren.

#### Fortschrittlichste Motorentechnologie\*\*

- Mehr Leistung bei weniger Verbrauch: Mit Toyota Optimal Drive sind sämtliche Benzin- und Dieselmotoren noch effizienter und damit umweltschonender
- Neu entwickeltes Multidrive-S-Getriebe (stufenlose Automatik) für effiziente Kraftübertragung
- Neu auch mit Automatik-Getriebe für Dieselmotoren

#### Top Qualität und herausragender Komfort\*\*

- Smart-Entry/Start-System (schlüsselloser Zugang und Motorenstart)
- High-End-Navigationsgerät mit Heckkamera
- Adaptiver Tempomat mit Spurhalteassistent
- Hoher Fahrkomfort und tiefer Geräuschpegel dank ausgewogenem Fahrwerk
- Geräumiger Innenraum dank innovativem Raumkonzept
- Grosses Glas-Panoramadach

#### Ausgereiftes Sicherheitskonzept\*\*

- 5 Sterne beim Euro-NCAP-Sicherheitstest
- ABS mit elektronischer Bremskraftverteilung, Bremsassistent und Notbremslicht
- Stabilitätskontrolle (VSC+) mit Lenkkraftunterstützung
- Frontsitze mit Anti-Schleudertrauma-System
- Pre-Crash-Sicherheitssystem

#### Profitieren Sie jetzt auch bei:



Yaris

Auris

Verso



- 4 Jahre Gratiservice
- 4 Jahre Garantie
- 4 Jahre Assistance
- 4 Winterkomplettreder\*



toyota.ch

Today  
Tomorrow  
Toyota

\* Gutschein je nach Modell zwischen Fr. 750.– und Fr. 1'250.– zur Anrechnung beim Bezug von 4 original Toyota Winterkomplettreder. Garantie 4 Jahre oder 160'000 km, Gratis-Service 4 Jahre oder 60'000 km (was zuerst eintrifft). Das 4+ Sorglos-Paket ist nicht mit Sonderserien oder Limited Editions kumulierbar. \*\* Verfügbarkeit modellabhängig, teilweise gegen Aufpreis. \*\*\* Unverbindlicher Nettopreis inkl. MwSt. **Leasingkonditionen:** Effektiver Jahreszins 3,97%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.–), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. **Avensis Wagon 1,8 Linea Terra**, Katalogpreis Fr. 34'400.–, Leasingzins Fr. 406.55, Sonderzahlung Fr. 6'880.–. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. **MultileaseAG** Tel. 044 495 24 95, www.multilease.ch. Gültig für Immatrifikationen bis 30.6.2010. **Avensis Wagon 1,8 Valvematic**, 108 kW (147 PS), Gesamtverbrauch 6,6 l/100 km, Ø CO<sub>2</sub>-Ausstoss 155 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B. **Avensis Wagon 2,0 Valvematic**, 112 kW (152 PS), Gesamtverbrauch 6,9 l/100 km, Ø CO<sub>2</sub>-Ausstoss 164 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B. **Avensis Wagon 2,0 D-4D**, 93 kW (126 PS), Gesamtverbrauch 5,4 l/100 km. Ø CO<sub>2</sub>-Ausstoss 142 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Ø CO<sub>2</sub>-Ausstoss aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 204 g/km.

Ulrich Schlüer, Nationalrat, Flaach ZH

# Bundesrat blockiert die Armee

**Die Reform Armee XXI ist gescheitert. Die neue Armee-Logistik kollabiert. Die Idee, für die Armee ein zentral gelenktes Führungssystem auf elektronischer Basis einzuführen, bewirkte Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe für weitgehend Unbrauchbares. Die milizfeindliche Trennung von «Ausbildungsverantwortung» und «Einsatzverantwortung» liess den WK-Betrieb teilweise zur Farce verkommen.**

Bundesrat Ueli Maurer muss aus den Trümmern dieser gescheiterten Reform aus der Ära Schmid/Keckeis rasch etwas leidlich Funktionsfähiges auf die Beine stellen. Angesichts der milliardenschweren Fehlinvestitionen mit exorbitanten Folgekosten ist der Spielraum dafür denkbar schmal. Aus dieser Vorgeschichte entstand der Sicherheitspolitische Bericht 2010 (Sipol 2010). Er ist voller Widersprüche, zeugt von grundlegenden, ungelösten Gegensätzen im Bundesrat.

## Widersprüchlicher Sicherheitspolitischer Bericht 2010

Bundesrat Ueli Maurer, unmittelbar verantwortlich für die Armee, will die Schweizer Armee offensichtlich auf ihren Kernauftrag zurückführen – Verteidigung und Sicherung des eigenen Landes im Blick auf Bedrohungen von heute. Das genügt der Landesregierung nicht. Sie wies den ersten Entwurf des Sipol 2010 zurück und beauftragte das Departement Calmy-Rey, den internationalen Aspekt heutiger Sicherheitspolitik in den Bericht einzubringen.

Resultat ist ein Bericht voller Widersprüche, auch in fundamentalen Fragen: Das VBS unter Bundesrat Maurer forciert die Verteidigungsaufgabe der Armee, das Aussendepartement von Bundesrätin Calmy-Rey erklärt im gleichen Bericht «Kooperation» zum «strategischen Ziel» der Schweiz. Das VBS baut angesichts der offensichtlichen Unberechenbarkeit der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklungen an einer Armee, die bei plötzlich eintretenden, schwierig zu bewältigenden

Überraschungen den von ihr zu erwartenden Beitrag an die Sicherheit des Landes optimal leisten kann.

Die Berichts-Mitautoren aus dem Departement Calmy-Rey gehen im Gegensatz dazu von derart unvorhersehbaren Entwicklungen aus, dass sich jedes Training darauf erübrige. Man habe gegebenenfalls vieljährige Vorwarnzeit, so dass schrittweiser Aufwuchs der Armee auf Konfliktbereitschaft erst später vorzusehen sei.

Der Bundesrat laviert zwischen diesen diametral widersprüchlichen Konzepten. Eine Entscheidung trifft er nicht.

## Dienstverweigerung der Landesregierung

Damit betreibt die Landesregierung «Dienstverweigerung». Die Gewährleistung der Sicherheit des Landes und die Anordnung aller sicherheits-

relevanten Vorkehren ist in jedem Staat eine Kernaufgabe der Regierung – und zwar der gesamten Regierung. Aus der sicherheitspolitischen Lagebeurteilung heraus hätte der Bundesrat also die konkreten Aufträge an die Armee zu formulieren: Innert wie viel Tagen die Armee in welcher Stärke und für wie lange das Funktionieren von für das Land wichtigsten Einrichtungen sicherzustellen habe. VBS und Armeespitze haben aus den so erteilten Aufträgen abzuleiten, welche Mittel für die Auftragsbefüllung erforderlich sind. Die Mittelberechnung dient dem Parlament darauf als Entscheidungsgrundlage, wenn die Finanzen für die Armee zu bewilligen – oder Aufträge gegebenenfalls zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückzuweisen sind.

Der Bundesrat ist von diesem Entscheidungsablauf meilenweit entfernt. In der Landesregierung herrscht zur Sicherheitspolitik regelrechte Blockade. Aufträge formuliert

sie keine. Die «Kooperations-Ideologie» lässt sie stehen – vielleicht aus parteipolitischen Kalkül, weil sich die Bundesräte daraus ein schliesslich nicht mehr zu kittendes Zerwürfnis zwischen Bundesrat Ueli Maurer und seiner Partei, der SVP, erhoffen. In der Sache wagt der Bundesrat das Kooperations-Modell nach dem Scheitern der Atalanta-Vorlage, nach den unablässigen Angriffen scheinbarer «Freunde» auf unseren Finanzplatz, nach der Parteinahme der EU für Gaddafi in der Geiselnahme mit Libyen aber auch nicht zu konkretisieren. Er lässt alle Widersprüche einfach stehen.

**Das bundesrätliche Unvermögen, endlich klare Armeeaufträge zu formulieren, nimmt damit allmählich ein sträfliches Ausmass an. Die Blockade im Bundesrat schadet der Armee. Mehr noch, er nimmt in Kauf, dass die Landesverteidigung und damit die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes preisgegeben werden.**





**SVP-HIT**  
 \*\*\*Hotel-Restaurant 1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!  
**Alpenblick**  
 Fieschertal  
*Jetzt buchen!*  
  
**Fr. 60.-**  
 pro Person pro Nacht  
**Fr. 50.-** (Nebensaison)  
 Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665  
 www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

**Die deutschsprachige kantonale SVP Tessin ist ein aktiver bürgerlicher Politclub**

Sie ist ideal für Deutschschweizer, die im Tessin Wohnsitz nehmen, die italienische Sprache noch wenig beherrschen und gesellschaftlich besser integriert sein möchten. Die ds-SVP Tessin macht bürgerliche Politik, rechts der Mitte. Sie kämpft für eine erhaltenswerte Schweiz und lehnt eine Überschwemmung mit Asylanten und Migranten ab.

Die ds-SVP Tessin macht Wanderungen, Museumsbesuche und nimmt an kulturellen Veranstaltungen teil. Mitglieder aus anderen Kantonen werden ebenfalls aufgenommen, insbesondere auch Zweitwohnungsbesitzer im Tessin. **Ein Beitritt zur stark wachsenden SVP Tessin ist ein Muss.**

Unser Clublokal ist das schöne und feine Terrassen-Restaurant **Cà Nostra** in Brione s. Minusio, Tel. 091 743 58 52. Hier findet jeden 1. Mittwoch eines Monats um 12.00 Uhr ein Lunch der ds-SVP Tessin statt.

Interessenten wenden sich an Manfred Oswald, ds-SVP Tessin, Postfach 5470, 6901 Lugano, Telefon 091 940 13 57, manfred.oswald@bluewin.ch



GOAL GLOSSAR

**plakativ**

**plakativ**  
 aus dem Niederl.; Ableitung von Plakat  
 bewusst herausgestellt; auffällig; sehr betont

Wir haben eines immer wieder bewiesen:  
 Unsere Plakate sind auffällig und ragen heraus. Mit klarer Zielsetzung, einer gut durchdachten Strategie und einer emotionalen Umsetzung der Botschaft sind wir erfolgreich.

Wir freuen uns auf Sie!  
 Alexander Segert, Geschäftsführer  
 8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
 info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
 AG für Werbung und Public Relations  
 Wir wollen Ihren Erfolg

Verantwortung für die Energiezukunft  
 gemeinsam übernehmen. Sie. Wir. Als Partner.

Wir gestalten die Energiezukunft der Schweiz. Zusammen mit Ihnen. Alpiq, Ihr Partner für Energie und Energieservice.

www.alpiq.com

**ALPIQ**

Swisski  
 OFFICIAL SPONSOR



Aliki Panayides, Geschäftsführerin SVP Kanton Bern, Ostermundigen BE

# Wahlziel übertroffen – Freude herrscht!

Die SVP Kanton Bern hat bei den kantonalen Wahlen die politischen Gegner frustriert. Viele hatten gehofft, nun gelänge es, die SVP in die Knie zu zwingen. Das Gegenteil ist der Fall. Mit den Stimmen, welche von SP und EVP an die BDP gingen, haben lediglich die linken Parteien an Sitzen eingebüsst. Die SVP hingegen ist wieder klar stärkste Fraktion im Grossen Rat.

Die SVP konnte am Wahlwochenende vom 28. März ihre Sitzzahl von 30 Sitzen auf 44 erhöhen. Sie erreicht damit wieder beinahe die Stärke von 2006 und übertraf das gesetzte Wahlziel deutlich. Nur wenig fehlte bis zur kompletten Egalisierung des Ergebnisses von 2006.

## Klare Aufgabenteilung und hoher Einsatz

Das Ergebnis war nur möglich dank dem engagierten Einsatz der 9 Wahlleiter, 260 Sektionen und rund 250 Kandidierenden.

In der Wahlleitung wurden früh Aufgabenteilung und Ziele definiert. Der Kantonalpartei oblag es, den Regierungswahlkampf zu koordinieren sowie die thematischen Schwerpunkte zu bearbeiten. Die Wahlkreisleiter organisierten die Anlässe in den Wahlkreisen und die Sektionen sorgten für die Plakatierung und Plattformen an lokalen Anlässen. Aufgabe der Kandidierenden war es, einen aktiven Wahlkampf zu führen und insbesondere ihr gesamtes Netzwerk zu aktivieren.

Trotz des hohen Einsatzes gelang es nicht überall, die Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Die Hoffnung, dass der Oberländer Regierungsratskandidat Albert Röstli das Oberland überdurchschnittlich mobilisieren würde, erfüllte sich nicht. Mit 35,31 % (Grossratswahlen) bzw. 34,86 % (Regierungsratswahlen) lag die Stimmbeteiligung nur 3 % über der Wahlbeteiligung von 2006 als kein Oberländer Regierungsratskandidat antrat. Zu viele Leute gingen davon aus, dass Röstli und Neuhaus «geng wie geng» gewählt würden. So luden sie «ihren» künftigen Regierungsrat teilweise sogar schon zu

Anlässen nach der Wahl ein, vergassen aber, ihren Anteil zur Wahl zu leisten. So erreichte Röstli zwar das absolute Mehr, musste aber als Achtplatzierte verzichten.

## Thematischer Wahlkampf

Die Grossratsfraktion definierte im Vorfeld der Wahlen ihre Legislaturziele (s. [www.svp-bern.ch](http://www.svp-bern.ch)). Drei der Kernthemen der SVP wurden bei den Wahlen in den Vordergrund gestellt:

- Mehr Sicherheit
- Tiefere Steuern
- Bessere Schulen

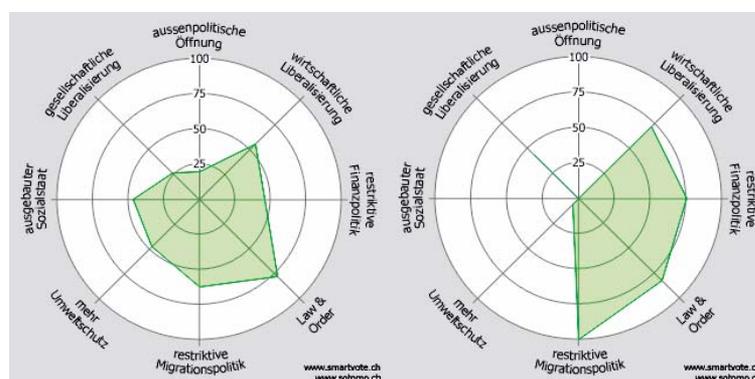
Diese Themen wurden auf den Plakaten, Inseraten und durch Medienmitteilungen nach Möglichkeit verbreitet. Die Bekanntgabe der Kriminalstatistik und die Steuerdebatte im Grossen Rat konnten dabei genutzt werden.

## Erfolgsrezept individuell

Ein Blick auf die Gewählten zeigt, wie individuell das Erfolgsrezept aussieht. 16 neue Köpfe werden zur Fraktion stossen, d. h., rund ein Drittel der Fraktion ist neu.

Vom Bekanntheitsgrad als Stadtpräsident (Thomas Rufener, Langenthal) bis hin zur intensiven Werbekampagne (Nadja Pieren) führten ganz verschiedene Methoden zum Ziel. Ebenso unterschiedlich sind auch die politischen Profile der Gewählten, wenn man die Smartvote-Spider vergleicht, zum Beispiel Erich Hess (Bern) mit Ueli Studer (Köniz).

Dies zeigt sich auch in der Arbeit der Sektionen. So hat die politisch eher in der Mitte situierte Sektion SVP Studen ebenso zugelegt wie die



Ueli Studer, Gemeinderat Köniz  
Neu gewählt als Grossrat

Erich Hess, Stadtrat Bern  
Neu gewählt als Grossrat

rechtsbürgerlich politisierende SVP der Stadt Biel. Der Blick auf die Resultate der Sektionen zeigt auch, dass es entscheidend ist, dass alle am Erfolg der SVP mitarbeiten, ungeachtet persönlicher Interessen und Differenzen.

Wie weit das Ausfüllen des Fragebogens von Smartvote eine Rolle spielte, muss erst noch über die Parteigrenzen hinaus überprüft werden. Allerdings ist jetzt schon klar, dass auch einige der Abgewählten das Mittel nicht genutzt und somit von dieser Gratis-Werbemöglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben.

## Fazit: Köpfe und Einsatz zahlen sich aus

Das Fazit ist klar: **Profil und Engagement zahlen sich aus. Für den Parteierfolg und die persönliche Wahl sind Einsatz, aktive Themensetzung und Bekanntheitsgrad entscheidend. Nur wer etwas macht, erreicht auch etwas. Dabei ist das breite Spektrum in der SVP Kanton Bern weiterhin ein Markenzeichen, das mit zum Erfolg beigetragen hat und auch in Zukunft ein Markenzeichen bleiben wird.**

## Vergleich Wähleranteile und Sitzzahlen 2006 – 2008 – 2010

Wahlkreis	2006		2008		2010	
	Wähleranteil	Sitze	Sitze	Wähleranteil	Sitze	
Berner Jura	19,17 %	2	1	22,74 % ↗	3 (+2)	
Biel-Seeland	23,91 %	7	3	25,32 % ↗	7 (+4)	
Oberaargau	32,70 %	4	2	31,27 % ↘	4 (+2)	
Emmental	40,50 %	6	3	33,89 % ↘	5 (+2)	
Mittelland Nord*	24,15 %	5	3	23,38 % ↘	5 (+2)	
Bern	26,27 %	3	3	27,03 % ↗	2 (+1)	
Mittelland Süd*	24,15 %	7	3	28,47 % ↗	6 (+3)	
Thun	26,26 %	5	5	30,16 % ↗	5	
Oberland	39,87 %	8	6	38,10 % ↘	7 (+1)	

\* Wahlkreis nicht genau vergleichbar auf Grund neuer Einteilung.



# Die SVP bewegt.

## 4. SVP-Grümpelturnier

**Samstag, 17. Juli 2010**

ab 10 Uhr

Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:

- **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)
- **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)

Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 50.- pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über [www.svp.ch](http://www.svp.ch) oder per E-Mail [merian@svp.ch](mailto:merian@svp.ch)

Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Tel. 031 300 58 58)

**Anmeldeschluss: 5. Juli 2010**

